



© KLAUS SINGER

Die Kanzlerin hat mit den Ministerpräsidenten hinter verschlossenen Türen schwerwiegende Entscheidungen für alle Menschen in unserem Land getroffen. Eine öffentliche Diskussion über die Maßnahmen hat es nicht gegeben. So kann es nicht weitergehen! Die gewählten Parlamente müssen jetzt wieder entscheiden!

Ich sag mal ...



© PRIVAT

Dass Aufmärsche gewaltbereiter Nazis kein Phänomen der 90er-Jahre sind, zeigen leider Tage wie der 3. Oktober 2020. Nazis sind heute in den Parlamenten vertreten und erscheinen dort oft angepasst und bürgerlich.

Aber auch die gewaltbereite Neonaziszene gibt es weiterhin. Regelmäßig versucht sie, mit Aktionen auf sich aufmerksam zu machen. Dort, wo sie nicht auf couragierte Gegenwehr trifft, fasst sie schnell wieder Fuß. Deshalb heißt es, jeder ihrer Demos entschieden zu begegnen.

Die Rolle der Linken muss es sein, die lokalen antifaschistischen Kräfte zu unterstützen. Ich habe daher gerne die zentrale Gegendemonstration in Hohenschönhausen angemeldet. Die Stärke antifaschistischen Protests ist seine Vielfalt. Sitzblockaden und Störaktionen sind genauso wichtig wie eine Kundgebung mit Bühne und Musik. Ich will einen kreativen und bunten Protest, bei dem sich auch Familien mit kleinen Kindern oder ältere Menschen sicher und aufgenommen fühlen.

Dies ist uns am 3. Oktober gelungen. Um den Nazis auf der Straße und in den Parlamenten etwas entgegenzusetzen, brauchen wir solche Bündnisse.

ANTONIO LEONHARDT

Wir wollen den Osten bewegen

Die Verkehrssenatorin erzeugt gerne Schlagzeilen. „Verbrennermotoren bis 2030 verbieten“, „City-Maut einführen“. Und überhaupt, das Auto stehen lassen. Dass sie selbst vor einem Jahr mit einer Dienstlimousine zum Fußgängergipfel nach Marzahn fuhr, kann eigentlich nur ein schlechter Scherz sein, ist aber leider wahr. Überhaupt zeigt die Verkehrssenatorin, dass sie nicht für alle da ist, sondern vor allem die Innenstadt-Klientel vertritt. Verbotspolitik ist eher ein Eingeständnis dafür, dass die Verkehrswende über Jahre verschlafen wurde. Wer weniger Autos auf den Straßen haben will, muss vor allem den öffentlichen Personennahverkehr stärken.

Es ist ein Skandal, die Berlinerinnen und Berliner jetzt gerade in Zeiten der Corona-Pandemie und den damit verbundenen sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit mit einer Erhöhung der Fahrpreise zu belasten.

Die Koalition hat sich in der geltenden Koalitionsvereinbarung verständigt, die Fahrpreise einzufrieren und unter Leitung der Verkehrsverwaltung eine neue Fahrpreisgestaltung zu erarbeiten. Ausgerechnet die grüne Verkehrssenatorin hat dieses Versprechen gebrochen.

Unsere Fraktion hat eine Kampagne für Verbesserungen des ÖPNV in Lichtenberg gestartet. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass der Osten im wahrsten Sinne des Wortes abgehängt

wird. Die Liste der Versäumnisse ist lang. Die Taktdichte auf den großen Tramlinien M5 und M6 wird den Anforderungen an einen modernen ÖPNV nicht gerecht. Die Straßenbahnen sind überfüllt. Gerade in Corona-Zeiten, wo Sperrstunden und Alkoholverbote gegen die Verbreitung des Virus eingesetzt werden, sollten doch überfüllte Bahnen und Busse zuallererst die zuständigen Politiker alarmieren. Auch mangelnde Barrierefreiheit wie der seit Jahren fehlende Aufzug am S-Bahnhof Nöldnerplatz zeigt, dass der ÖPNV eben nicht für alle gleichermaßen attraktiv ist. Wenn auch Sie konkrete Vorschläge haben, wie wir den ÖPNV verbessern können, schreiben Sie uns.

NORMAN WOLF

Couragiert:

Im Gespräch mit Gönül Glowinski, Inhaberin EisKaffee im Weitlingkiez.



03

Gerecht:

Pandemie und Gesellschaft.



04

© SHAVIN AHR, UNSPLASH

Engagiert:

Vier Kandidat*innen für die Abgeordnetenhauswahlen stellen sich vor.



06

Besteuert:

AirBnB-Vermieter müssen künftig Steuern zahlen.



07

KURZ GEMELDET

BAUMSCHWEMME?

7 Kirschbäume am Blockdammweg, 7 Spitzahorn in der Marksburgstraße, 19 Purpur-Erlen in der Stolzenfelsstraße sind die Adressen von 33 der 150 in Karlshorst geplanten Baumpflanzungen. Bereits in diesem Herbst sollten sie dort Wurzeln schlagen. „Leider hat keine der 12 aufgeforderten Garten- und Landschaftsbaufirmen ein Angebot abgegeben“, so Bezirksstadtrat für Umwelt und Verkehr, Martin Schaefer (CDU). Die Leistungen werden deshalb erneut ausgeschrieben, um das Versprechen an die Karlshorster anlässlich des 125-jährigen Bestehens des Ortsteiles bis zum Frühjahr einlösen zu können.

■ Mehr unter: berlin.de/ba-lichtenberg/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.1005884.php

ECHTE LICHTENBERGER

Das Wohnquartier Sewanstraße 20/22 ist kürzlich mit dem Bundespreis „UMWELT&BAUEN – für nachhaltige Gebäude, Quartiere und ökologische Innovationen“ ausgezeichnet worden. Hier wird zu sozial verträglichen Mieten in 99 energetisch hocheffizienten Wohnungen zweier achtgeschossiger Punkthäuser gelebt. Auch der von der HOWOGE derzeit an der Frankfurter Allee 218 errichtete 22-Geschosser (394 Wohnungen) und das 64 Meter hohe Gebäude am Stefan-Heym-Platz 1 im Rathauspark-Quartier (251 Mietwohnungen) bestehen zur Hälfte aus sozialpreisgestalteten Wohnungen. Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften haben seit 2017 insgesamt 12.474 Wohnungen fertiggestellt, mit 2754 sind die meisten davon echte „ökologisch-soziale“ Lichtenberger.

„HEISSES KLASSIK EISEN“

„Heißes Klassik Eisen“ sein. Worin sich der diesjährige Opus Klassik-Preisträger Rudolf Buchbinder gewürdigt sieht – gilt für das in Lichtenberg vor einem Jahrzehnt entstandene „Kinderopernhaus Berlin“ allemal. Mitte Oktober 2020 wurde es mit dem Opus Klassik in der Kategorie Nachwuchsförderung ausgezeichnet. Das Kooperationsprojekt des Bezirks Lichtenberg, des Berliner Caritasverbandes und der Staatsoper Unter den Linden ist inzwischen in sechs weiteren Berliner Bezirken aktiv.

JOACHIM PAMPEL

Ein Arbeitsbesuch vor Ort in Hohenschönhausen



Am 6. Oktober 2020 traf sich die Fraktion der Lichtenberger Linken in Hohenschönhausen, um sich zu aktuellen Themen, wie der Schließung der Galeria Kaufhof und die Gestaltung des neuen Zentrums, mit den zuständigen Akteuren zusammen zu setzen.

Anfang Oktober traf sich unsere Fraktion in Hohenschönhausen um sich zu aktuellen Themen, wie die Schließung der Galeria Kaufhof und die Gestaltung des neuen Zentrums, mit den zuständigen Akteuren zusammenzusetzen.

Wir starteten im Linden-Center am Prerower Platz, wo uns Center-Manager Michael Dittrich willkommen hieß. Die Schließung der Galeria Kaufhof schadet der Bevölkerung und dem

Center. Es wird befürchtet, dass es infolge dessen zu einem Dominoeffekt kommen kann, da mit der Galeria, als einem großem Ankermieter, ein Drittel der Verkaufsfläche wegbricht.

Es könnte aber auch ein Neuanfang sein. Michael Dittrich will die über 7.500 m² große Fläche neu strukturieren und auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden eingehen.

Ich erhielt einen persönlichen Brief vom Personal der Galeria Filia-

le, worin sie sich für die herzliche und wohlthuende Unterstützung bedankten. Auch wenn wir diese Filiale nicht retten konnten, wurden durch die Unterstützung der Politik und Gewerkschaft nahezu alle Mitarbeiter*innen in ein neues Beschäftigungsverhältnis vermittelt.

Anschließend besichtigten wir das Areal vor dem Kino Cinemotion, das auf Initiative der LINKEN künftig zum Urbanen Zentrum entwickelt wird.

In der Jugendkunstschule stellten unser Bezirksbürgermeister Michael Grunst gemeinsam mit Frau Kuhnert das Lichtenberger Stadtentwicklungsprojekt „Urbanes Zentrum Neu-Hohenschönhausen“ vor. Das Bauvorhaben soll unter anderem die 60.000 m² große, leerstehende Fläche zwischen Falkenberger Chaussee, Kino und Linden-Center attraktiver gestalten. Mehrere hundert Wohnungen sollen hier entstehen, dazu ein Kunst-, Kultur-, Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum, das sowohl die Anna-Seghers-Bibliothek, als auch Ateliers, Kreativräume, einen Veranstaltungssaal und Co-Working-Spaces beherbergen soll.

Ideen und Planungsvorschläge wurden ausführlich erklärt und besprochen, Zeit- und Kostenpläne für das Vorhaben erläutert. 2024/25 soll Leben in das neue urbane Zentrum einziehen.

INES SCHMIDT

VVN / BdA Lichtenberg wählte neuen Vorstand

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten Berlin-Lichtenberg e. V. (VVN/BdA) hat sich zur Aufgabe gemacht, die Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand und an andere progressive Traditionen unserer Geschichte nicht in Vergessenheit geraten oder verfälschen zu lassen.

Am 9.10.2020 fand die turnusmäßige Mitgliederversammlung in der Kiezspinne statt. Trotz Corona und BVG-Streik war der Versammlungsraum gut gefüllt. Als Gast konnte die Bezirksvorsitzende der LINKEN, Lichtenberg und Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Löttsch, begrüßt werden, die ein Grußwort an die Teilnehmer richtete.

Nach Verlesung des Tätigkeitsberichts des Vorstands, einer kurzen

Aussprache dazu sowie der Bestätigung des Finanzberichtes wurde der alte Vorstand entlastet. Die Mitglieder dankten der bisherigen Vorsitzenden Erika Rathmann, die aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Versammlung teilnehmen konnte, für ihre langjährige Arbeit.

In der Diskussion wurde die weitere Arbeit der VVN / BdA in unserem Stadtbezirk besprochen.

Der neue Vorstand wurde dann einstimmig von den Mitgliedern gewählt. In der darauf stattfindenden konstituierenden Sitzung des Vorstandes wurde das bisherige Vorstandsmitglied, der Sohn antifaschistischer Widerstandskämpfer, Gerhard Langguth, zum neuen Vorsitzenden gewählt.

GERHARD LANGGUTH



Gerhard Langguth

Zivilcourage im EisKaffee

Gönül Glowinski, die Inhaberin des EisKaffees an der Margarethenstraße im Weitlingkiez, erhielt in diesem Jahr den Lichtenberger Preis für Demokratie und Zivilcourage. | Von KLAUS SINGER



Das EisKaffee wurde von Gönül Glowinski mit Liebe und Geschmack eingerichtet. Man fühlt sich gleich wie in seinem eigenen Wohnzimmer. Nicht nur das Eis, sondern auch Kuchen und Kaffee sind wärmstens zu empfehlen.

© KLAUS SINGER

■ Warum haben Sie gerade hier Ihr Geschäft eröffnet?

Ich wohne nur eine Straße weiter. Bei einem Spaziergang ist mir der freie Laden aufgefallen. Da kam mir die spontane Idee.

■ Wie lange wohnen Sie schon in Lichtenberg?

Vor 11 Jahren bin ich aus Charlottenburg hierhergezogen. Ich hatte eine schöne Wohnung gefunden. Die Gegend kannte ich überhaupt nicht. Leute hatten mir abgeraten, nach Lichtenberg zu ziehen. Sie meinten, die Gegend sei fremdenfeindlich. Das hat mich aber nicht beeindruckt. Vor sechs Jahren habe ich das Geschäft eröffnet. Es war genau der richtige Zeitpunkt. So etwas gab es zu dem Zeitpunkt hier gar nicht.

■ Wer kommt in Ihren Eisladen?

Die Leute aus dem Kiez. Es sind Zugezogene und Alteingesessene. Es ist wie ein sozialer Treffpunkt. Die Alteingesessenen sind anfänglich um den Laden herumgeschlichen und waren etwas reserviert. Jetzt kommen sie

mit ihren Kindern und Enkelkindern und essen Eis und Kuchen.

■ Können Sie mit dem Geschäft Ihren Lebensunterhalt verdienen?

Nein, nicht wirklich. Ich bin in der glücklichen Situation, dass mein Lebenspartner auch ein Geschäft hat. Zusammen kommen wir schon gut zurecht. Doch es ist Arbeit für sieben Tage die Woche. Meine Tochter und mein Lebensgefährte helfen mir. Im Winter machen wir den Laden zu. Wir haben nur acht Monate geöffnet, müssen aber für 12 Monate die volle Miete zahlen.

Für mich sind die sozialen Kontakte wichtig. Ich habe sehr wertvolle Menschen kennengelernt. Ich diskutiere sehr gern. Ich sage auch meine Meinung. Mir geht es nicht nur um das Geldverdienen. Es kommen auch Politiker. Bürgermeister Michael Grunst isst hier auch sein Eis oder trinkt seinen Kaffee. Ich mag ihn als Menschen.

■ Wie hat sich die Corona-Krise auf Ihr Geschäft ausgewirkt?

Vier Wochen musste ich schließen. Jetzt kommen weniger Leute als vorher. Früher haben die Kinder zwei Kugeln Eis von ihren Müttern bekommen. Jetzt reicht das Geld oft nur noch für eine Kugel. Die Leute halten jetzt ihr Geld zusammen. Es gibt auch ältere Menschen, die mir sagen, dass sie sich ein Stück Kuchen nicht mehr leisten können. Meine Preise sind wirklich nicht hoch, aber ich muss auch über die Runden kommen. Wenn ich das so erkläre, dann haben die Kunden auch Verständnis.

■ Was bedeutet Ihnen der Weitlingkiez?

Es ist anders als in Charlottenburg. Hier erlebe ich mehr Herzlichkeit. So etwas habe ich nur in Lichtenberg erlebt. Die Leute, die hierher gezogen sind, passen sich schnell an. Man kann die Menschen hier leichter mobilisieren, wenn wir z.B. eine Demo gegen Nazis organisieren wollen.

■ Wie ist das Verhältnis der Gewerbetreibenden untereinander?

Wir haben einen Verein gegründet.

Wir planen gemeinsame Projekte. Die Kunstmeile ist hier eine Attraktion. Ich habe Kunst ausgestellt und auch in meinem Laden mit Künstlern Veranstaltungen durchgeführt. Jetzt wollen wir uns um die Weihnachtsbeleuchtung in der Weitlingstraße kümmern und um einen Weihnachtsmarkt. Ich will die Hauseigentümer im Kiez ansprechen, um gemeinsame Projekte zu starten.

■ Wie kam es zur Auszeichnung für Demokratie und Zivilcourage?

Es war ein Angriff vor meinem Laden. Zwei fremdenfeindliche Personen liefen hier mit ihrem Pit Bull wieder mal vorbei, wahrscheinlich um Angst zu verbreiten. Sie nutzen ihren Hund als Waffe. Sie haben mich angepöbelt. Ich bin hinterhergelaufen. Ich habe ihnen gesagt: „Du darfst mich nicht beleidigen!“ Ich kann es nicht lassen. Ich bin eine mutige Person. Ich kneife nicht. Ich sage, was ich denke. Zivilcourage heißt für mich, sich nicht einschüchtern zu lassen. Ich werde so weitermachen.

Ferienspiele mit Gesine

Der Auftakt des diesjährigen Ferienherbstes begann mit der beliebten Drachenaktion gemeinsam mit dem „Jungen und Mädchen Projekt JuMP“ in Neu-Hohenschönhausen. Bei Stullen und Kakao bastelten und bemalten Kinder den ganzen Tag Flugdrachen. Neben teils collagierten, teils abstrakten Entwürfen waren Landschaften ein prägendes Motiv. Noch am gleichen Tag ließen die Kinder in der Wartenberger Feldmark ihre Drachen steigen, wobei das Herbstwetter (grau und windig) beste Bedingungen bot. Die Kinder freuten sich riesig und auch der Umstand, dass der ein oder andere Drache vor lauter Ungeduld gleich zu Beginn im Baum landete, tat dem keinen Abbruch. TONI

Abtreibung

Die Zahl der Praxen und Krankenhäuser, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, sinkt dramatisch. Rheinland-Pfalz, mit 4 Mio. Einwohnern, hat nur noch 30 Einrichtungen. Berlin, mit 3,8 Mio. Einwohnern verfügt immerhin über 136 Einrichtungen und damit mehr als ganz Bayern mit 13,1 Mio. Einwohnern. Im Schwangerschaftskonfliktgesetz werden die Bundesländer verpflichtet, die medizinische Versorgung zu sichern. Allerdings steht im gleichen Gesetz, dass es Frauenärzten freisteht, Abbrüche durchzuführen. Es gibt immer wieder Berichte über Kliniken oder Abteilungsleitungen, die sich mit Verweis auf ihre religiöse Gesinnung weigern, medizinisch nicht notwendige Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen und dies auch ihren angestellten ÄrztInnen untersagen. Gleichzeitig wird es Frauen schwer gemacht, sich über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren. In Deutschland gibt es 12 000 niedergelassene Frauenärzte. Beim Statistischen Bundesamt haben sich jedoch nur 1120 Einrichtungen gemeldet, die Abbrüche vornehmen. Auf der Internetseite der Bundesärztekammer sind sogar nur 340 entsprechende Praxen aufgeführt, an die sich hilfeschuchende Frauen wenden können. Offensichtlich ist ein großer Teil der Praxen und Krankenhäuser, die Abtreibungen durchführen, nicht bereit, darüber die Öffentlichkeit zu informieren. Ich sehe nicht nur die Bundesländer in der Pflicht, die medizinische Versorgung zu sichern. Was tut der Bundesgesundheitsminister Spahn, um Frauen in Not zu helfen? Die Gesetze, die Frauen bevormunden, müssen abgeschafft werden. §218 und §219a müssen gestrichen werden! GESINE LÖTZSCH

Pandemie und Gesellschaft

Ich finde es ärgerlich, wenn in der Pandemie die Jungen gegen die Alten ausgespielt werden. Die Bundesregierung und auch einige Ministerpräsidenten erzeugen den Eindruck, dass die Pandemie eine private Sache wäre. Nach dem Motto: Wer sich an alle Regeln hält, den kann das Virus auch nicht treffen. Das ist ein Irrglaube! Diese Erfahrung musste jetzt auch der Bundesgesundheitsminister Spahn machen.

Deutschland ist von der Pandemie noch nicht so hart betroffen wie andere Länder. Trotzdem macht sich ein heftiges Unbehagen breit, ob die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten in der Lage sind, die Pandemie in den

die Pandemie mitgetragen, wie z. B. die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes. Es war aber ein Irrglaube, dass ohne die gewählten Parlamente, die Regierung schneller und effektiver handeln könnte. Das Parlament ist sehr wohl in der Lage, schnell Entscheidungen zu treffen. Doch es geht nicht nur um Schnelligkeit, es geht auch um eine offene und kontroverse Diskussion über die geplanten Maßnahmen. Nicht jeder, der eine kritische Meinung vertritt, ist ein Verschwörungstheoretiker.

Der Kampf gegen die Pandemie ist nur mit der ganzen Gesellschaft zu gewinnen oder gar nicht. Schuldzuweisungen gegen bestimmte Bevöl-



Gesine Lötzsch und ihr Büro organisierten mit dem Jugendklub JuMP Ferienspiele für Kinder in Hohenschönhausen. Drachen basteln und Kürbis schnitzen standen auf dem Programm.

Griff zu bekommen. Das Beherbergungsverbot zum Ferienbeginn war z. B. ein Schnellschuss, der von den Gerichten in vielen Bundesländern gekippt wurde.

Die meisten Experten sind sich einig, dass dieses Verbot eine Ausbreitung der Krankheit nicht verhindern kann. Der blinde Aktionismus, der jetzt um sich greift, zerstört das Vertrauen in die Politik. Der Regierende Bürgermeister von Berlin Müller wird mit seinen dramatischen Appellen offensichtlich von vielen Menschen nicht mehr ernst genommen. Die Menschen haben den Eindruck, dass die immer schärferen Maßnahmen das Infektionsgeschehen nicht bremsen können.

DIE LINKE hat viele Initiativen der Bundesregierung zum Kampf gegen

kerungsgruppen erzeugen Zwietracht und lösen kein Problem. Ich denke dabei auch an die Streikenden des Öffentlichen Dienstes. Natürlich ist Pandemie und Streik für viele Menschen eine zusätzliche Belastung. Doch wir haben immer gesagt, dass es nicht reicht, Beifall zu spenden, wir müssen die Menschen auch ordentlich für ihre Arbeit bezahlen. Ein Streik hätte durch Bundesminister Seehofer verhindert werden können, wenn er ein ehrliches Angebot gemacht hätte. Wenn es um die Ausgaben für den Öffentlichen Dienst im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt geht, liegt Deutschland in der EU auf einem der hinteren Plätze. Einen guten Öffentlichen Dienst gibt es nicht zum Schnäppchenpreis.

GESINE LÖTZSCH

650.000
ZAHL DES MONATS

Der Tractatus logico-philosophicus – eines der bedeutendsten philosophischen Werke der Neuzeit – beginnt mit dem Satz: „Die Welt ist alles, was der Fall ist.“ Was trivial klingt, war seinerzeit eine geisteswissenschaftliche Revolution. Hätte sein Autor, Ludwig Wittgenstein, derzeit eine Beraterfunktion im Weißen Haus inne, hätte er wohl auf Weisung und gegen jeden Wahrheitsanspruch verkünden müssen: „... und alles, was nicht der Fall ist.“

Als der US-Präsident vor wenigen Wochen dem Covid19-Tod von der Schippe sprang und die freie westliche Staatsoberhäupterinnenwelt so betont aufatmete wie der Präsident schwer durchatmete, da musste sich der Tod wohl ordentlich verhaben haben. Drei Hubschrauber, ein VIP-Patientenbereich in einem Elite-Militärkrankenhaus, ein Dutzend hochdekorierter Spezialärzte, ein Medikamentencocktail aus Aspirin, Vitaminen, Zink, Melatonin, Famotidin, Steroiden, Antikörpern und Remdesivir hatten dem Gevatter Tod das Genick gebrochen.

Nach der verfrühten Selbstentlassung aus dem Krankenhaus und seinem Wiedereinmarsch ins Weiße Haus verkündete Trump seiner Gemeinde: „Ich will, dass Sie bekommen, was ich bekommen habe – und zwar kostenlos“. Würde er sich ein einziges Mal an Tatsachen messen lassen, müsste somit jedem US-amerikanischen Covid19-Patienten eine intensivmedizinische Behandlung im Wert von 650.000 € zuteilwerden. Für die bislang 220.000 Covid19-Opfer der USA kommt dieser präsidiale Wille zu spät. An ihnen hat Trump schon einmal 150 Milliarden € gespart. TINKO HEMPEL

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Telefon: 22 77 17 87, E-Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Lötzsch: **Mittwoch, 11.11. und Dienstag, 1.12., jeweils 17 – 19 Uhr, nur telefonisch:** 99 27 07 25 oder per E-Mail gesine.loetzsch@bundestag.de

FRAKTIONS-REPORT

Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg

November 2020



Die Fraktion spendet den „Malchower Grashüpfern“, dem Förderverein des Kinderbauernhofs Knirpsenfarm, 600 €.

KOMMENTAR

Krieg- oder Friedensmission?

Im Juni – seit drei Monaten hatte die Covid-19-Pandemie auch Berlin fest im Griff – gab es einen großen Aufschrei zum Thema „Bundeswehr im Gesundheitsamt“. Zehn Bezirke haben Soldat*innen zur Unterstützung angenommen, Lichtenberg und Friedrichshain-Kreuzberg lehnten die Hilfe ab. Inzwischen hilft die Bundeswehr auch in der Lichtenberger Verwaltung. Dafür gibt es von einigen Linken massive Kritik. Warum? Im Gesundheitsamt versehen die Kräfte der Bundeswehr keinen Dienst an der Waffe. Sie sollen auch keine Menschen töten, ganz im Gegenteil. Sie sollen helfen, Menschenleben zu retten.

Selbstverständlich gehören die Bundeswehr sowie jegliche Produktion von Waffen und Rüstungsgütern abgeschafft. Es wird keinen Frieden auf der Welt geben, solange Menschen mit Krieg Geld verdienen. Doch es ist illusorisch zu glauben, weil vorübergehend wegen der Pandemie viele deutsche Soldat*innen aus dem Ausland nach Deutschland zurückgeholt wurden, dass der Bundestag die Auflösung der Bundeswehr beschließt oder alle Kriegsausgaben stoppt.

Warum sollen Menschen, die gerade keine „Arbeit“ haben und dafür sehr gut bezahlt werden, nicht in unseren Gesundheitsämtern aushelfen? Wir sind personell überhaupt nicht auf eine solche Pandemie eingestellt. Die Soldat*innen sollen u. a. dabei helfen, Kontakte nachzuverfolgen oder Fragen der Menschen, die nicht wissen, was genau bei Kontakt zu tun ist, beantworten. Sie sitzen also am Schreibtisch und telefonieren. Jede Hilfe zur friedlichen Eindämmung der Pandemie ist wichtig. Hinterfragen sollten wir, wie die Bezahlung aller der Menschen ist, die aktiv an der Pandemiebekämpfung beteiligt sind. Wenn all diese auf das Einkommensniveau der Bundeswehr-Soldat*innen gehoben werden, fände ich das fair und angemessen!

KERSTIN ZIMMER

Eine Oase in Lichtenberg: Der Kinderbauernhof Knirpsenfarm

„Herein spaziert, herein spaziert und seid wie wir so fasziniert, ob nun Gemecker, Gegrünze oder Krähen, bei uns gibt's viele Tiere anzusehen.“ So werden die kleinen und großen Besucher*innen auf der Webseite des Kinderbauernhofs Knirpsenfarm empfangen. Ganz im Norden des Bezirks, angesiedelt am Gemeinschaftsschulstandort Grüner Campus, geht es seit fast 30 Jahren ganz schön tierisch zu. Angrenzend an den Schulhof leben hier mittlerweile über 160 Tiere. 1991 begann das tierische Leben mit einem Schaf namens „Loni“. Auf 1.000 m² haben viele kleine und große Hände aus einem mit Unkraut bewucherten Brachland eine bebaute Bauernhoffläche gestaltet.

Der Schul- und Freizeitverein „Malchower Grashüpfer“ ist seither der Förderverein. Mit seinen 800 Mitgliedern stemmt er seit vielen Jahren den Eigenbetrieb des Bauernhofs. Das Einwerben von Spenden und Drittmitteln ist zentrale Aufgabe, um das Überleben des Bauernhofs zu sichern. Die engagierte Arbeit des Vereins, der Schulgemeinschaft und auch der Nachbar*innen liegt unserer Fraktion besonders am Herzen. Dies nahmen wir zum Anlass, den Malchower Grashüpfern eine Spende unserer Fraktion über 600 Euro zu überreichen. Ein weiterer kleiner Dank für die wertvolle Arbeit.

Auf dem Bauernhof arbeitet eine Tierpflegerin in Vollzeit, die eigens vom Förderverein finanziert wird. Ohne weitere Honorarkräfte und Ehrenamtliche sowie die An-

bindung an die Schulgemeinschaft ist die Arbeit nicht zu leisten. Sieben Tage in der Woche hat der Bauernhof über 60 Stunden geöffnet. Die Tiere aber müssen an allen Tagen betreut werden, wenn sie krank sind, brauchen sie einen Tierarzt. Alles in allem kostet die Unterhaltung ca. 150.000 Euro im Jahr. Eine stolze Summe, die bisher nicht mit Mitteln des Bezirks untersetzt ist.

Mit unserem Antrag „Ein Kinderbauernhof für Lichtenberg“ kommt nun neuer Wind in ein altes Thema. Die Bedeutung tiergestützter Arbeit ist mittlerweile anerkannt, es gibt an der Alice Salomon Hochschule eine Weiterbildung für „Tiergestützte Pädagogik“. In Lichtenberg arbeiten zahlreiche Akteure im Feld. Wir sind Heimat des Tierparks.

Braucht es da noch einen Kinderbauernhof? In Karlshorst zum Beispiel? Ja, sagen wir und wir wollen Möglichkeiten ausloten, wie wir die tiergestützte Arbeit gleichberechtigt sichern und ausbauen können. Das meint, ob und wie wir bestehende Angebote mit bezirklichen Mitteln unterstützen und auch eine mögliche Neugründung im unterversorgten Süden des Bezirks auf den Weg bringen können. Die Gespräche mit den Akteuer*innen des Feldes und der Politik laufen nun an. Im Frühjahr nächsten Jahres sollen alle Informationen zusammengetragen sein, so dass wir in der BVV eine Entscheidung treffen können.

Haben Sie selber Ideen oder eine Spende übrig? Dann wenden Sie sich gern an uns.

CLAUDIA ENGELMANN

Schulgipfel in Lichtenberg



Der neu eröffnete Modulare Ergänzungsbau an der Schule in der Victoriastadt.

Der Schulplatzmangel ist in aller Munde. Die Fragen nach den Schulsanierungsplänen bleiben nur löchrig beantwortet. Egal wo wir hinschauen, Schule platzt aus allen Nähten: Busshuttle werden für Grundschüler*innen und ihre Eltern Lebensrealität, Turnhallenkapazitäten fehlen, Fenster lassen sich nicht öffnen, die Reinigung ist unzureichend. Die Liste ist lang und dann auch noch Corona. Der Lockdown und die AHA+L Regeln

Der Lockdown und die AHA+L Regeln

offenbaren einmal mehr, wie schlecht es um Berlins Bildungssystem steht.

Wenngleich in dieser Legislatur unter Rot-Rot-Grün die Berliner Schulbauoffensive auf den Weg gebracht wurde und Lichtenberg im Schulneubau ganz vorne mit dabei ist, zeigen die Prognosen, dass die bisherigen Planungen nicht reichen. Nicht kalkulierbar bleibt auch der demografische Wandel. Dieser steht uns in vielen Regionen erst noch bevor. Die angespannte Haushaltslage aufgrund der Pandemie führt u. a. dazu, dass die geplanten Drehscheibenschulen als Ausweichstandorte für Sanierungen erstmal auf Eis gelegt sind. Die Gesamtsituation bleibt für die Eltern, die Kinder und das pädagogische Personal unbefriedigend.

Eltern engagieren sich seit vielen Jahren, weisen auf die Probleme

hin und bieten z. B. mit der Initiative „Schule in Not“ auch Lösungen an, wie die Forderung nach Rekommunalisierung der Schulreinigung. Es ist entscheidend, Schule weiterhin prioritär zu behandeln. Es wird noch zwei Legislaturen brauchen bis die Rückstände aufgeholt sind. Der Fraktion DIE LINKE Lichtenberg ist es besonders wichtig, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen. Gemeinsam müssen wir die Schulentwicklungsplanung und auch den Sanierungsplan regionsgenau betrachten, um weitere Lösungen zu finden damit alle Kinder einen wohnortnahen, zeitgemäß ausgestatteten und lernanregenden Schulplatz zur Verfügung gestellt bekommen. Die Schulgipfel können dazu einen Beitrag leisten und sollen im nächsten Jahr an den Start gehen.

CLAUDIA ENGELMANN

Mehr Räume für Integrationskurse nötig

„Wir brauchen mehr Räume“, war das Fazit der Diskussion im Integrationsausschuss mit dem Leiter der Lichtenberger Margarete-Stefin-Volkshochschule Herrn Thorein zum Schwerpunkt Integrations- und Deutschkurse für Geflüchtete. Obwohl die VHS seit Juli wieder geöffnet hat, können die Kurse pandemiebedingt nur mit geringeren Teilnehmerzahlen stattfinden. Derzeit haben 13 Integrationskurse mit maximal 10 Teilnehmenden, statt bisher 20, in Präsenz begonnen. Hier sollen vor allem Sprachkenntnisse bis zur Stufe B 1 sowie grundlegende praktische und juristische Kenntnisse vermittelt werden. Der Unterricht findet in drei Schichten statt. Der Bedarf ist jedoch bedeutend höher, so dass es zu langen Wartezeiten von bis 3 bis 4 Monaten für diese verpflichtenden Kurse für Zugewanderte kommt. Daneben bietet die VHS noch Kurse für Geflüchtete an, für die kein Anspruch auf einen Integrationskurs besteht. Diese finden auch in Räumen von Kooperationspartnern, wie im Verein für aktive Vielfalt und in der Evangelisch Freikirchlichen Gemeinde in der Heinrichstraße statt. Auch die von uns initiierte Drucksache „Unterrichtsräume

für Deutschkurse für Geflüchtete“ soll dazu dienen, neue Räume zu finden. Der Umbau der ehemaligen Hausmeisterwohnung wäre eine Möglichkeit, einen weiteren Unterrichtsraum zu gewinnen. Herr Thorein bat um Unterstützung und die Aufnahme der Maßnahme in die Investitionsplanung.

Auf Nachfragen lobte der Leiter der VHS das Engagement und die Fachlichkeit der Dozent*innen. Die hier genannten Kurse sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Gesamtangebot der Volkshochschule.

BIRGIT STENZEL



Für Deutschkurse werden dringend Räume benötigt.

Werden Wünsche wahr?



Der Sockel einer alten Litfaßsäule ist derzeit die einzige und bei gutem Wetter auch oft genutzte Sitzgelegenheit.

Versprechen können wir das nicht – ernst nehmen wir Ihre Wünsche selbstverständlich. So auch den Wunsch nach mehr Sitzgelegenheiten rund um das Linden-Center. Am Rande unseres Friedensfestes am 29. August äußerten mehrere Menschen die Kritik, dass es rund ums Center keine Sitzgelegenheiten gäbe. Sofort machte ich einen Spaziergang und tatsächlich gibt es keine einzige Bank in Sichtweite zum Linden-Center. Mit einem Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) bitten wir nun das Bezirksamt, dort witterungsbeständige, möglichst Vandalismus-resistente, Sitzmöglichkeiten zu schaffen.

Auf Initiative unserer Linksfrak-

tion hatte die BVV bereits im Juni 2017 beschlossen, unter Beteiligung der Bürger*innen Maßnahmen zur Aufwertung des Prerower Platzes zu ergreifen. Sehr ärgerlich, dass über drei Jahre später nichts passiert ist. So teilte das Bezirksamt im Juni 2018 mit, Mittel zur Realisierung einer Ideenfindung mit Bürger*innenbeteiligung bereitzustellen. Im Dezember 2018 haben wir das Bezirksamt erneut aufgefordert, endlich etwas für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität zu tun. Weder wurde das Geld eingestellt noch wurden Maßnahmen ergriffen. Wir werden jedoch dranbleiben und auch das dafür zuständige CDU-Ressort in die Verantwortung für die Interessen aller Menschen in unserem Bezirk nehmen.

KERSTIN ZIMMER

Mehr Schwung für Rollstuhlfahrer*innen



Die Inklusionsschaukel im Tierpark ist ein Geschenk des 1. FC Union.

Der Tierpark ist noch ein Stück inklusiver geworden: Mit einer Inklusionsschaukel, die vom Fußballverein 1. FC Union Berlin gestiftet wurde. Inklusionsschaukel heißt sie deswegen, weil sie speziell für Rollstuhlfahrer gebaut wurde. Wie eine klassische Schaukel sieht sie nicht ganz aus, dafür können Rollstuhlfahrer*innen

rückwärts rauffahren und selbstständig Fahrt aufnehmen. Und nicht nur sie. Damit alle wissen, wie sie die Schaukel benutzen können, gibt es daneben eine Erklärungstafel.

Das Geschenk des 1. FC Union geht auf die Fan-Initiative „Eisern trotz(t) Handicap“ zurück. Inklusion bedeutet für sie, gemeinsam verschieden zu sein. Dazu gehört auch, dass Rollstuhlfahrer*innen das Schaukelgefühl nicht vorenthalten wird. Rund 8.500 Euro kostet das Her- und Aufstellen einer Schaukel. Es ist bereits die zweite, die die Initiative gestiftet hat,

mit Spenden der Fans und vor allem des ausgeschiedenen Spielers Sebastian Polter. Die erste Inklusionsschaukel steht im FEZ in der Wuhlheide.

Am 24. September 2020 wurde die Inklusionsschaukel von Tierparkdirektor Andreas Knieriem, dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung des 1. FC Union Berlin e.V. Jochen Lesching, dem ehemaligen Unions-Spieler Michael Parensen, Mitgliedern der Fan-Initiative „Eisern trotz(t) Handicap“ und mir vor Ort feierlich eingeweiht und sofort ausprobiert.

MICHAEL GRUNST

Kinderopernhaus gewinnt Opus Klassik



Das Kinderopernhaus Berlin wurde mit dem Opus Klassik gewürdigt.

Regina Lux-Hahn strahlte bei der Verleihung. Zu Recht, denn es ist auch Teil ihres Lebenswerks, in das sie so viel Herzblut gesteckt hatte, das am 18. Oktober 2020 eine außergewöhnliche Ehrung erhielt: Das Kinderopernhaus Berlin wurde mit dem Opus Klassik gewürdigt. Der Preis zählt zu den renommiertesten deutschen Auszeichnungen der klassischen Musik. Das Kinderopernhaus, das seinen Anfang in Lichtenberg nahm, erhielt ihn in der Kategorie Nachwuchsförderung im 10. Jahr seines Bestehens. Vollkommen berechtigt, denn allein in Lichtenberg haben seit 2010 rund 500 Grundschulkinder die Welt der klassischen Musik durch die Kinderoper kennenlernen können. Dieses Geschenk an die Lichtenberger Kinder ist unbeschreiblich wertvoll. In den vergangenen zehn Jahren sind Kooperationen mit drei Lichtenberger Grundschulen entstanden. Dort gibt es mittlerweile Kinderoper-Arbeitsgemeinschaften. Außerdem besteht

eine intensive Zusammenarbeit mit der Schostakowitsch-Musikschule Lichtenberg. Als Bezirksamt ist es uns wichtig das Projekt zu fördern, deshalb unterstützen wir es mit dem Bezirkskulturfonds.

Das Kinderopernhaus ist ein Lichtenberger Exportschlager. Es ist in sechs weiteren Berliner Bezirken aktiv und nach Lichtenberger Vorbild kooperieren mittlerweile 17 Partner, darunter Grundschulen, öffentliche Musikschulen und der Berliner Caritasverband. Neben Lichtenberg sind drei weitere Kinderopernhäuser in Marzahn, Mitte und Reinickendorf und 11 Kinderoper-Arbeitsgemeinschaften hinzugekommen. Ich bin Regina Lux-Hahn sehr dankbar für ihren Einsatz. Gleichermaßen danke ich natürlich der Caritas und der Berliner Staatsoper, denn sie haben das Projekt mit ermöglicht.

MICHAEL GRUNST

Pflanzsaison gestartet: Karlshorst bekommt 125 neue Bäume

„125 Jahre Karlshorst – 125 neue Bäume für Karlshorst“ heißt ein Antrag unserer Fraktion. Mit dem Pflanzen einer Zierreife in der Stolzenfelsstraße 20 startete am 27. Oktober das Vorhaben.

Bereits im Frühjahr befragten wir in dieser Zeitung und auf facebook die Karlshorster*innen zu ihren Wunschstandorten und baten um Vorschläge für die Bepflanzung neuer Baumscheiben. Sabine Pöhl, Sprecherin des LINKE. Ortverbandes Karlshorst, fuhr mit Fahrrad mindestens 60 freie Baumscheiben ab und schlug diese Standorte zur Bepflanzung vor. Für alle eingegangenen Vorschläge möchte ich mich bedanken.

Einen Überblick über die Standorte, die noch bepflanzt werden, finden Sie unter: www.berlin.de/ba-lichtenberg/aktuelles/pressemitteilungen/2020.

Natürlich benötigen gerade neu gepflanzte Bäume viel Wasser. Schauen Sie sich bitte in Ihrer Nachbarschaft nach möglichen Straßenpumpen um. Im Sommer konnten wir mit zwei Gießaktionen, z. B. im Römer Weg/ Rudolf-Grosse-Straße, einige Bäume bewässern.

Wenn auch Sie Ihren Baum vor der Haustür oder in der Nachbarschaft gießen, dann schreiben Sie uns bitte und geben Ihre Adresse an. Gerne senden wir Ihnen dann einen kleinen Baumkuchen zu. NORMAN WOLF



Die Fraktionsvorsitzenden starteten die Pflanzaktion.

Raum für Diskussionen lassen – Christel und Ronald Busch

WANN UND WO

- Alle Veranstaltungen sind wegen der Corona-Pandemie abgesagt.

KULTURTIPP

Chaos & Aufbruch Berlin 1920 | 2020

Berlin wurde 1920 eine der größten Metropolen seiner Zeit. Durch den Zusammenschluss benachbarter Städte und Gemeinden entstand Groß-Berlin. Dazu gehörte auch die Stadt Lichtenberg, die nun zum Ortsteil Berlin-Lichtenberg wurde. Diese notwendigen Eingemeindungen waren u. a. ein Ergebnis der dynamischen Industrialisierung und Migration. Mit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs waren die politischen Rahmenbedingungen dafür geschaffen. Für den Besucher ist es eine spannende Zeitreise, dieses Ereignis mit den Themen Wohnen, Verkehr, Erholung, Verwaltung, Umland und Identitäten nachzuvollziehen. Auch die Gegenwart und ein Blick in die Zukunft der Hauptstadt kommen dabei nicht zu kurz. Eine ergänzende Broschüre unter dem Titel „Metropole Berlin – Traum und Realität 1920 | 2020“ kann sich der Besucher kostenfrei mit nach Hause nehmen.

DANIELA FUCHS

■ Märkisches Museum

Am Köllnischen Park 5, 10179 Berlin, Di–Fr 12–18 Uhr und Sa und So 10–18 Uhr, bis 30.5.2021
Kartenverkauf vor Ort



Christel und Ronald Busch

Im Ortsverband Fennpfuhl sind 156 Genossinnen und Genossen organisiert. Davon sind viele betagt und können nicht mehr so aktiv sein. Hoffnung machen die jüngeren Leute, die sich mit Energie in die Parteiarbeit einbringen. Erst kürzlich hat sich ein 16-Jähriger zur Mitarbeit bereit erklärt. Das gute Funktionieren des Ortsverbandes ist auch das Verdienst des Ehepaars Busch. Christel ist Mitglied des Ortsaktivs und Ronald ist dessen Sprecher.

Seit 1974 sind sie miteinander verheiratet, bekamen zwei Töchter und seit 42 Jahren wohnen sie am Fennpfuhl. Ihre beiden Lebensläufe weisen typische Merkmale von DDR-Biografien auf. Kennengelernt haben sie sich an der Universität Halle, wo Christel, die aus Thüringen stammt, Geschichte und Staatsbürgerkunde für den künftigen Lehrerberuf studierte.

Ronald, der aus der Magdeburger Börde kommt, absolvierte zunächst seinen Armeedienst, bevor er zur Uni kam. Auch er studierte erst Staatsbürgerkunde und Geschichte, dann Philosophie mit dem Ergänzungsfach Geschichte. Er gehörte zu den Gründern einer SED Studenten-Abteilungs-parteiorganisation (APO) und wurde ihr Sekretär. Nach dem Studium wurde Ronald Assistent an der Uni. Seine wissenschaftliche Laufbahn gab er zu Gunsten des Ministeriums für Staats-

sicherheit (MfS) auf, wo er dann zu den Auslandsaufklärern gehörte, die auch im Auslandseinsatz waren. Dieser Schritt mag aus heutiger Sicht Unverständnis erzeugen, erklärt sich aber aus den Erfahrungen heraus, die Ronalds, aber auch Christels Eltern mit Faschismus und Krieg machten.

Beide Eltern unterstützten eine gesellschaftliche Neuorientierung nach dem Krieg und erzogen ihre Kinder in diesem Sinne. Ronald erlebte in der Wendezeit die Besetzung des MfS in der Magdalenenstraße und war bei seiner Auflösung unter Aufsicht des Bürgerkomitees mit dabei. Dann kam für ihn ab Juni 1990 die Arbeitslosigkeit.

Auch bei Buschs übernahm nun die Frau, wie in vielen ostdeutschen Familien, die Rolle des Hauptverdieners. Beide bestätigen, dass dieser Umbruch und die berufliche Ungewissheit auch für die Ehe nicht immer einfach waren.

Christel, die neben Geschichte und Staatsbürgerkunde auch Geografie unterrichtet hatte, musste sich nun einer Abstimmung von Lehrern und Schülern über ihr weiteres Bleiben an der Schule unterziehen. Sie hatte Glück. Die Abstimmung ging zu ihren Gunsten aus. Später arbeitete sie an einem Förderzentrum für Lernbehinderte in Friedrichshain. Sie hatte mit 50 Jahren ein Staatsexamen über

Sonderpädagogik abgelegt. 2014 ging sie in Rente. Ronald trug mit einem Taschengeldverdienst, wie er selbst sagte, zum Familieneinkommen bei. Nach Arbeitslosigkeit und Arbeit auf dem Bau kam später die Beschäftigung bei verschiedenen Sicherheitsfirmen hinzu. Die letzten 13 Jahre bis zu seinem Renteneintritt 2013 war er in einer Bank im Empfangsdienst in der Nähe des Brandenburger Tors tätig. Dort sah er viele Promis kommen und gehen.

Ihre freie Zeit verbringen Buschs gern in ihrem Garten in der Kleingartenanlage „Am Prenzlauer Berg“. Ronald war dort lange Jahre im geschäftsführenden Vorstand. Legendar waren die Kinderfeste, die er dort 20 Jahre lang organisiert hatte. Die Familie spielt eine große Rolle. Neben den Töchtern und Schwiegersöhnen, gehören vier Enkelkinder und Ronalds 97-jährige Mutter dazu.

Auch nach der Wende haben sich Christel und Ronald immer in der Partei engagiert. Es bedrückt sie, dass die Debattenkultur bei den Linken oft zu Wünschen übrig lässt. Die Genossinnen und Genossen müssen sich aussprechen können, unterschiedliche Meinungen akzeptiert werden. Diesen Raum wollen sie ihren Mitgliedern im Ortsverband geben.

DANIELA FUCHS

IMPRESSUM

Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:

29. Oktober 2020

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH



Erneute Schulschließungen vermeiden

Die coronabedingten Schulschließungen dauerten in Deutschland länger als in vielen anderen OECD-Staaten und blieben für viele Kinder nicht ohne Folgen. Rückschritte beim Lesen und Schreiben, zu wenig Bewegung oder zu viel Zeit vor Fernseher und Computer sind nur einige davon.

Insbesondere für sozial benachteiligte Kinder wird sich der ausbleibende Schulbesuch auch langfristig negativ auswirken. Sie werden die entstandenen Bildungslücken nicht ohne weiteres kompensieren können, wie es in besser gestellten Haushalten beispielsweise durch privaten Nachhilfeunterricht oder durch eine bessere Ausstattung mit Computern und Lernsoftware möglich ist. Gerade in Hinblick auf die Schwächsten in der Gesellschaft sollten erneute Schulschließungen unbedingt vermieden werden.

Es war absehbar, dass mit Beginn der kalten Jahreszeit die Infektionszahlen wieder steigen und die Schulen erneut vor dem Problem des Infektionsschutzes stehen werden. Bund und Länder haben es versäumt, die Schulen so auszustatten, dass schulischer Präsenzunterricht so weit wie



Unterricht mit Maske und bei offenem Fenster.

möglich aufrechterhalten werden kann.

Stattdessen soll ständig gelüftet werden, im Zweifel auch auf Durchzug. Schüler*innen müssen dann mit Wintermantel, Thermounterwäsche und Schal im kalten Klassenzimmer sitzen, was Infekte begünstigen wird. In einem chronisch unterfinanzierten Bildungssystem sind solche Maßnahmen wie Lüften natürlich sehr „praktisch“, da sie nichts kosten. Hochleistungs-Luftfilter und

mehr Lehrkräfte für den Unterricht in kleinen Lerngruppen hingegen sind teuer. Nur wenige Länder, wie z. B. Berlin, haben angekündigt, Luftfilteranlagen und CO₂-Ampeln in größerem Stil zu testen. In den meisten anderen Bundesländern setzen die Schulministerien weiter nur aufs Lüften. Damit nicht noch mehr Schüler*innen den Anschluss verlieren und dauerhaft abgehängt werden, müssen jetzt wirksame, wenn auch kostspielige In-

fektionsschutzmaßnahmen ergriffen werden, die den Schulbesuch auch bei steigenden Infektionszahlen weitestgehend ermöglichen.

JANNEH MAGDO

Baumschändungen in Buchenwald

Zum Gedenken und zur Erinnerung an die Häftlinge, die unter unmenschlichen Bedingungen leiden mussten und dem Grauen von Buchenwald zum Opfer gefallen sind, hat die Lebenshilfe Apolda / Weimar das Integrative Projekt „1000 Buchen für Buchenwald“ ins Leben gerufen und Bäume gepflanzt. Daran beteiligt waren nicht nur Mitglieder der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald, sondern darüber hinaus Nachkommen,



Armut spaltet die Gesellschaft



2,8 Mio Kinder und Jugendliche leben in Deutschland in Armut.

In Deutschland leben derzeit ca. 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut.

Diesen Kindern und Jugendlichen fehlt es zum Teil an essenziellen Dingen wie ausreichender Ernährung, guter Gesundheitsvorsorge oder die Möglichkeit zur Teilhabe an Kultur- und Freizeitaktivitäten. Auch der Bildungserfolg ist in Deutschland

weiterhin stark von der sozialen Herkunft abhängig. Somit geht Armut in der Kindheit häufig mit schlechteren Bildungschancen und mit niedrigeren Schul- und Ausbildungsabschlüssen einher.

Zu Beginn ihres Berufs- und Erwachsenenlebens sind diese jungen Menschen dann häufig schlechter in den Arbeitsmarkt integriert und unterliegen somit dem Risiko der Ar-

mutsverfestigung. Mit 25 Jahren sind junge Menschen mit Armutserfahrung im Kindes- und / oder Jugendalter deutlich seltener erwerbstätig und arbeiten deutlich seltener in Vollzeit als junge Menschen ohne Armutserfahrung. Verbleibt ein junger Mensch längerfristig in Arbeitslosigkeit oder in einer Beschäftigung mit geringem Einkommen, so bildet dies eine Grundlage für Armut im Alter. Kinderarmut kann somit den Grundstein für eine Armutsbiografie und Altersarmut legen.

Doch neben den individuellen Folgen birgt dies auch langfristig eine Gefahr für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie: Armut fördert und festigt die Spaltung der Gesellschaft, da ein Teil der Bevölkerung abgehängt wird. Damit einher geht auch der Rückzug aus politischen Prozessen wie Wahlen, was vor allem auf jüngere Menschen mit Armutserfahrung zutrifft. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, braucht es bundesweit bessere Förder- und Teilhabemöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen.

HENNING JESSEN

deren Familien, Organisationen und Vereine. Auch Gedenktafeln wurden angebracht. Bereits zum dritten Mal wurden Gedenktafeln entwendet und Bäume auf übelste Weise geschändet – teilweise abgesägt oder ihre Äste mutwillig abgebrochen.

Das ist kein Vandalismus! Das sind politisch motivierte Ereignisse.

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“ – lautet der Schwur von Buchenwald, vom 19. April 1945.

Durch diese abscheuliche Tat soll der Schwur von Buchenwald erneut beschmutzt, das Grauen im Konzentrationslager Buchenwald gezeugnet und das Gedenken an die Opfer vernichtet werden. Das werden wir nicht zulassen – der Schwur von Buchenwald ist und bleibt uns Verpflichtung.

DITTE LIEBING

Wir stellen uns zur Wahl



Robert Schneider



Julia Müller



Claudia Engelmann



Norman Wolf

Für den sozialen Zusammenhalt

Verankerung

Seit den vergangenen Wahlen bin ich Wahlkreismitarbeiter bei Wolfgang Albers, der zweimal erfolgreich das Direktmandat im Wahlkreis 2 gewann. In dieser Zeit hatte ich die Möglichkeit, den Wahlkreis in seiner Vielfalt sowie dort ansässige Vereine und Verbände kennenzulernen. Nach Gesprächen mit vielen Personen in diesem Gebiet habe ich mich dazu entschlossen, bei den Wahlen 2021 selbst anzutreten.

Präsenz vor Ort

Wichtig wird sein, dass wir zukünftig wieder stärker unsere Position als „Kümmerer-Partei“ wahrnehmen. Das bedeutet, vor Ort intensiver mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, um so entsprechende Anliegen aufzunehmen und in das Parlament zu tragen. Andererseits wird es uns auch nur über diesen Weg gelingen, Mehrheiten für unsere Positionen zu gewinnen und die Bürgerinnen und Bürger von unseren politischen Maßnahmen zu überzeugen.

Wachsende Stadt

Stadtpolitisch wird in den nächsten Jahren im Vordergrund stehen, wie (notwendige) Wohnbauprojekte mit der sozialen Infrastruktur in Einklang gebracht werden können. Wenn nicht Schulen, Kitas, Einkaufsmöglichkeiten oder die Ärzteversorgung mitgedacht werden, sind Konflikte vorprogrammiert – sowohl mit den Alteingesessenen als auch den Zugezogenen. Dabei können, vielleicht müssen Auseinandersetzungen mit der HOWOGE stärker gesucht werden.

ROBERT SCHNEIDER

Jetzt sind Investitionen wichtig

Mein Name ist Julia Müller, ich bin 26 Jahre alt, wohne in Hohenschönhausen und möchte für den Wahlkreis 3 für das Abgeordnetenhaus kandidieren. Seit 2013 bin ich Mitglied der Partei DIE LINKE und seit 2016 stellvertretende Bezirksvorsitzende. Auf Landesebene war ich drei Jahre Mitglied im Landesausschuss, wo ich mich mit vielen Landesthemen beschäftigt habe.

Besonders wichtig ist mir die Wahlkreisarbeit, in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Genoss*innen vor Ort und im engen Kontakt mit den Bürger*innen. Thematisch beschäftigt mich vor allem die Wirtschaftspolitik, die in Zeiten von Corona, aber insbesondere in den kommenden 10 Jahren eine zentrale Rolle in Berlin spielen wird. Gerade jetzt sind Investitionen wichtig, damit wir unsere Stadt weiter gestalten können. Weitere Themen für mich sind der Ausbau der Infrastruktur, der Schutz von Kleingärten und kein weiterer Verkauf von Landeseigentum. Darüber hinaus werde ich mich für (Re-)Kommunalisierungen wie z. B. der S-Bahn einsetzen.

Derzeit bin ich in der Landesverwaltung beschäftigt und würde mich freuen, meine Ideen in der neuen Fraktion einbringen zu können und eine linke Wirtschaftspolitik aktiv mit zu gestalten.

JULIA MÜLLER

Mit euch für uns in Lichtenberg

Vor 40 Jahren wurde ich in Tangermünde geboren. Seit 2005 ist Lichtenberg für mich und meine Regenbogenfamilie unser Zuhause. Ich habe einen Master in Sozialer Arbeit und bin seit 2016 Mitglied der Partei DIE LINKE. Als Bezirksverordnete bin ich Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und Mitglied in den Ausschüssen Haushalt und Personal sowie Schule und Sport.

Das ist mir wichtig

Im Mittelpunkt meiner politischen Arbeit stehen Kinder, Jugendliche, Familien, Alleinerziehende und Senior*innen. Ihre Teilhabe an der Ausgestaltung unseres Lebens, miteinander zu kommunizieren und gemeinsam zu handeln, ist mir eine besondere Herzensangelegenheit. Als überzeugte Antifaschistin setze ich mich gegen Rassismus und rechte Hetze ein.

Mit euch für uns im Wahlkreis

Wie in ganz Lichtenberg gibt es auch hier vielfältige Herausforderungen Kinder-, Familien- und Altersarmut, Vereinsamung, zu wenig Kita- und Schulplätze. Solidarisches Miteinander heißt mitwachsende Infrastruktur: Kita- und Schulplätze, Orte für Jung und Alt, bezahlbare Wohnungen, barrierearmer ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten und ambulante Versorgung. Dafür kämpfe ich. Mein Lichtenberg ist ein Ort, an dem wir gleichberechtigt, gesund, glücklich und zufrieden leben.

■ www.claudia-engelmann.berlin.

CLAUDIA ENGELMANN

Investitionen in die Infrastruktur

Ich bin 40 Jahre alt, verheiratet, wurde in Lichtenberg im Oskar-Ziethen-Krankenhaus geboren. Seit dem Jahr 2017 bin ich zusammen mit Kerstin Zimmer Vorsitzender unserer BVV Fraktion.

Nach meinem Abschluss zum Diplomverwaltungswirt an der Fachhochschule des Bundes entschied ich mich gegen die Beamtenlaufbahn. Nach einem Jahr journalistischer Tätigkeit beim Berliner Abendblatt schloss ich mich im Wahlkampf 2005 dem Team von Gesine Löttsch an. Seit nunmehr 15 Jahren arbeite ich in ihrem Abgeordnetenbüro.

Mit der Einführung der Hartz IV-Gesetze entschied ich mich, politisch aktiv zu werden. Die Auswirkungen von Armut sind in der Corona-Krise gut sichtbar: Armutsrentner, Kinder aus mittellosen Haushalten oder Obdachlose werden von ihr besonders hart getroffen.

Ich bewerbe mich als Direktkandidat für den Abgeordnetenhauswahlkreis 6, in dem ich aufgewachsen und zur Schule gegangen bin. Seit vielen Jahren setze ich mich hier die Anliegen der Bürger*innen ein. Im Abgeordnetenhaus möchte ich mich dafür einsetzen, dass wichtige Investitionen in die Infrastruktur getätigt werden, von denen alle profitieren. Wir müssen weiter in die Sanierung von Schulen, Schwimmhallen, Kinder- und Freizeitangebote investieren. Denn unter einer maroden Infrastruktur leiden vor allem die Schwächsten.

NORMAN WOLF

Unser Kurs ist richtig (Alte Volksweisheit)

Das Jahr geht ganz langsam seinem Ende entgegen, und Schritt für Schritt nähern wir uns dem Superwahljahr 2021. Nach jetzigem Stand der Dinge kommen am Wahltag zu den insgesamt drei Wahlen (Bundestag, Abgeordnetenhaus, BVV) noch zwei Volksentscheide hinzu. Das wird eine große Herausforderung – für uns, aber ganz besonders für Wähler*innen.

Wir können sagen: Es läuft. Die Personalfindungskommission hat gute Gespräche mit Kandidat*innen geführt. Eine Reihe von wichtigen Dingen konnten wir im Landeswahlbüro besprechen, zum Beispiel den Einsatz von Großflächen und Plakaten. Das Wahlprogramm des Landesverbandes wird als Broschüre gedruckt, das Kurzwahlprogramm als Zusammenfassung in verschiedenen Sprachen – unter anderem russisch und vietnamesisch – aufgelegt. Auch unser Bezirkswahlprogramm ist in Arbeit.

Natürlich wird es eigens auf den Wahlkampf ausgerichtete Veranstaltungen geben. Darüber hinaus aber setzt Lichtenberg auf Tradition, beispielsweise am 1. Mai rund um



das Lichtenberger Rathaus und an der Hohenschönhausener Bunten Platte, am 8. Mai im Deutsch-Russischen Museum Karlshorst. Und natürlich darf unser Friedensfest am 1. September nicht fehlen.

Und dann der Haustürwahlkampf.

Die persönliche Ansprache, die nicht darauf wartet, dass Menschen zu uns kommen, an Info-Stände, zu Veranstaltungen oder Festen. Sondern die unsere Politik, unsere Vorstellung von einer besseren Welt direkt in ihre Wohnzimmer trägt. TANJA BEHREND

HAUPTVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen, zum jetzigen Zeitpunkt kann niemand genau sagen, ob wir unsere Hauptversammlung am 14. und 15. November durchführen können bzw. dürfen. Bis dahin wird es immer wieder Änderungen zu den Kontaktbeschränkungen oder neue Regeln geben – sodaß wir hier noch keine finale Zu- oder Absage machen können.

Wir bitten Euch, informiert Euch in der Woche vor diesem Termin über die Geschäftsstelle (Kontakt – siehe Impressum) in der Alfred-Kowalke-Straße.

SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdA, WK1**
Fon 960 631 28, **nur telefonisch:** 11.11., 16 – 18 Uhr, Zings-ter Straße 12
- **Sebastian Schlüsselburg, MdA, WK 4**
Fon 285 065 24, 9.+23.11., 15 – 16 Uhr Wahlkreissprechstunde, Casa del Popolo, Buggenhagenstraße 19, **nur telefonisch**
- **Weitere Beratungsangebote**
Bürgerhilfe – Recht, Soziales, Miete mit Ralf Schultheiß, nach Vereinbarung: Tel. 992 707 25

Jetzt kommt der **Nachgefragt:** SteuAIR(BnB)-Bescheid

An dieser Stelle steht ein Berliner Thema im Mittelpunkt und wir befragen dazu linke Politiker*innen. Dieses Mal äußert sich Sebastian Schlüsselburg, MdA, zur Besteuerung von Airbnb-Vermietern.

Airbnb muss die Daten von Vermietern zu steuerlichen Kontrollzwecken herausgeben. Das hat eine Sondereinheit der Hamburger Steuerfahndung gemeinsam mit anderen Bundes- und Landesbehörden in einem mehrjährigen internationalen juristischen Verfahren erreicht. Das ist ein Erfolg. Bisher glaubten sich viele Airbnb-Vermieter auf der sicheren Seite, stehen die Server der Vermietungsplattform doch in Irland. Jetzt ist es endlich möglich, die Airbnb-Vermieter steuerlich zu überprüfen und die intransparente Datenpolitik von Vermietungsplattformen auszuhebeln. Steuerehrlichkeit ist die Grundvoraussetzung für die solidarische Finanzierung unseres Gemeinwesens und Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt.

Airbnb ist für viele Metropolen

und touristische Destinationen zum Problem geworden und die digitale Plattform verdient weltweit mit illegalen Angeboten der Kurzzeitvermietung seit vielen Jahren sehr viel Geld. Deshalb müssen die Vermieter-Daten auch zur Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes und zur Rückführung von Ferienwohnungsnutzungen in den regulären Wohnungsmarkt genutzt werden. Wir müssen bislang unsichtbare illegale Vermietungen sanktionieren und einen Teil der mehr als 20.000 vermieteten Wohnräume in Berlin für die Wohnraumversorgung zurückgewinnen.

Dazu müssen wir aber noch eine Gesetzeslücke auf Bundesebene schließen. Bisher erlaubt die Abgabenordnung nicht die Weiterleitung von durch Amtshilfe erlangten Steuerdaten zur Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbotes. DIE LINKE wird sich im Abgeordnetenhaus deswegen dafür einsetzen, dass Berlin eine entsprechende Initiative im Bundesrat startet.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG



75 Jahre gelebte Solidarität!

Liebe Mitglieder der Volkssolidarität,

die Geburtstagsfeier müssen wir nach der Pandemie unbedingt nachholen! Wenn es die Volkssolidarität nicht gäbe, müssten wir sie jetzt erfinden. Gerade in Zeiten der Krise brauchen wir viel Solidarität. Keiner weiß, wann es den Impfstoff gegen Corona geben wird. Für mich ist aber völlig klar, dass Solidarität der wichtigste Wirkstoff ist, um unsere Gesellschaft zusammenzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre
Gesine Löttsch
Bezirksvorsitzende
DIE LINKE. Lichtenberg

ACHTUNG, ZEITUNGS-VERTEILER*INNEN!

Ihr habt es inzwischen selbst gemerkt – unsere Termine für die Dankeschönveranstaltungen **müssen leider abgesagt werden.**

Der Hintergrund sind die steigenden Infektionszahlen gerade in Berlin – niemand sollte gefährdet werden oder ein Risiko eingehen! Deshalb bitten



wir um Euer Verständnis. Wir haben aber geplant, diese Treffen nicht ausfallen zu lassen, sondern zu verschieben. Wir hoffen, Euch alle im nächsten Frühjahr bei hoffentlich besseren Bedingungen gesund und bei guter Laune wiederzusehen!

Danke, Euer Bezirksvorstand

Spaziergang am Gehrensee

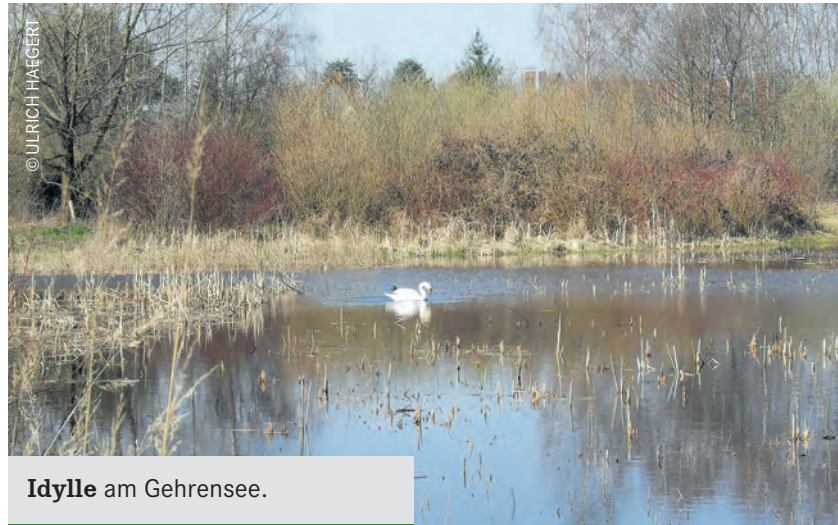
„Alles ginge besser, wenn man mehr ginge.“ schrieb einst der Dichter Johann Gottfried Seume, der wohl bekannteste deutsche Spaziergänger, der 1801 zu Fuß von Dresden nach Syrakus wanderte. Und zurück nach Leipzig. 7000 km.

„Sowie man im Wagen sitzt, hat man sich gleich von der ursprünglichen Humanität entfernt. Fahren zeigt Ohnmacht, gehen Kraft.“

Seume, geboren 1763, war ein Zeitgenosse der Gebrüder Humboldt.

Ihrem Andenken sind die neuen Straßennamen im Wohngebiet am Gehrensee gewidmet. Sie alle haben Bezug zur Familie Humboldt. Die erste Straße wurde 2006 nach dem Verwalter auf Schloss Tegel zur Zeit der Humboldts benannt: Christian Kuhn (1757–1829). Es ist der „Kundtanger“.

Die Zugangsstraße von der Ahrensfelder Chaussee in das neue Wohngebiet ist nach Johann Jacob Engel (1741–1802) benannt. Weitere Straßen tragen inzwischen Namen von Nahestehenden der Humboldts: David Friedländer (1750–1834), Chris-



Idylle am Gehrensee.

tian Dohm (1751–1820), Henriette Herz (1764–1847).

Der Barnimer Dörferweg, der mitten durch das Wohngebiet führt, verbindet die Wirkungsstätten der Familie Humboldt in Tegel und Falkenberg.

Zwar wird der „Gehrensee“ mangels Wasser seinem Namen kaum gerecht, doch soll es dort seltene Tiere geben.

Neulich saßen wir auf einer Bank im Park, der rund um den See angelegt ist, und sahen dem Treiben der Schmetterlinge zu, als ein Wanderer des Wegs kam und sagte: „Freut euch des Schmetterlings nicht; der Bösewicht zeugt auch die Raupe, die euch den herrlichen Kohl fast aus der Schüssel verzehrt.“ (Goethe)

ULRICH HAEGERT



Fotorätsel

Wo steht diese Kletterburg?

Da wegen der Corona-Krise keine Bundestagsbesuche stattfinden können, verlost Gesine Löttsch Bücher Gutscheine von Lichtenberger Buchhandlungen im Wert von 20 Euro.

Einsendeschluss ist der 25. November 2020. Bitte die Antworten an gesine.loetzsch@bundestag.de mailen oder per Post schicken: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Löttsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Die Lösung des Oktoberrätsels: Das Windspiel steht im Volkspark Malchow.

Vielen Dank für die vielen richtigen Lösungen.

BUCHTIPP

Ein Titel, der verwirrt

Susan Neiman, Direktorin des Einstein Forums Potsdam, ist in den amerikanischen Südstaaten aufgewachsen und lebt seit 30 Jahren in Deutschland. Ihr neuestes Buch trägt den Titel „Von den Deutschen lernen – Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen“. Als Linke ist man verwirrt – Deutschland als Vorbild in der Geschichtsaufarbeitung?

Nach den ersten Seiten merke ich schnell: Das ist mehr als ein Buch, das ist ein Geschichtsstudium. Und das Buch ist wahrscheinlich aktueller, ja sogar tagesaktueller als es Susan Neiman beim Schreiben erschienen sein mag.

Die amerikanische Originalausgabe erschien unter dem Titel „Learning From the Germans. Race and Memory of Evil.“ Als hätte die Autorin den Mord an George Floyd geahnt, als hätte sie die große, inzwischen weltumspannende Black-Lives-Matter-Bewegung vorausgesehen. Das Buch hilft uns zu verstehen, wie die Anhänger von Donald Trump denken, welche feste Basis sie noch in den Südstaaten haben.

Manchmal bleibt einem beim Lesen fast der Mund offen stehen und man denkt: Das ist heute und nicht vor 100 Jahren?! Und was hat das alles mit Deutschland zu tun: Zum einen eine sehr ausgewogene, das heißt mutige Darstellung der Auseinandersetzung mit der Geschichte des deutschen Faschismus in beiden deutschen Staaten. Und die so fürchterlich aktuelle Mahnung: „Nicht die ungebildeten Massen seien die treibenden Kräfte hinter dem Regime gewesen. Das waren die gebildeten Eliten.“ (S. 84)

GESINE LÖTZSCH

Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14 hat wie folgt geöffnet:

- dienstags 12–17 Uhr
- mittwochs 13–17 Uhr
- donnerstags 12–17 Uhr
- freitags 12–17 Uhr

Jeden letzten Mittwoch im Monat geschlossen.

Geschäftsstellenleiter: Hartmut Zick

- **Telefon:** 030/512 20 47
- info@die-linke-lichtenberg.de
- hartmut.zick@dielinke.berlin

info links wird herausgegeben von: DIE LINKE, Landesvorstand Berlin
Redaktionsadresse: Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin
Fon: (030) 512 20 47
Fax: (030) 516 592 42
Mail: info@die-linke-lichtenberg.de
Web: www.die-linke-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Gesine Löttsch

Redaktionsschluss:

Ausgabe November: 29. Oktober 2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 3. Dezember 2020.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck

Die info links kann man auch online abonnieren: Interessent*innen melden sich bitte in der Geschäftsstelle.
Die info links wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:

DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg
IBAN: DE 59 10 0708 4805 2560 7803
BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck angeben:

810-503, info links, Ihr Name, Vorname

FREITAG NACH EINS...

■ ...so lautet der wöchentliche Podcast des Lichtenberger Bezirksbürgermeisters Michael Grunst (DIE LINKE). Inzwischen gibt es 20 Sendungen neuester Lichtenberger Nachrichten aus erster Hand und Meinungsaustausch „mit Macherinnen und Machern“. Derzeit folgen dem podcast 1.133 Abonnenten.
www.berlin.de/ba-lichtenberg/aktuelles/01/artikel.340019.php#podcast